



schlagl\_ch

## Osmotisches Hasssystem

Nach Hanau gibt es Stimmen, die ein AfD-Verbot fordern. Doch die AfD ist nur ein Symptom für einen tief verwurzelten gesellschaftlichen Rassismus

Wir leben in einer gesellschaftlich aufgeladenen Situation, in der Rassismus, Opportunismus und tiefgreifende strukturelle Probleme in der demokratischen und medialen Praxis eine gefährliche Verbindung eingehen. Erfurt und Hanau sind nur zwei Chiffren für etwas, das sehr lange Kontinuitäten hat, das nicht plötzlich gekommen ist und nicht leicht wieder verschwinden wird, selbst wenn man, wie es die Auf-einmal-Aufgewachten jetzt unter gegenseitigem Applaus fordern, die AfD verbieten würde.

Aber die AfD ist nur ein Symptom für eine viel tiefer reichende illiberale und demokratiefeindliche Tradition in der deutschen Gesellschaft. Sie ist die Ausprägung eines Rassismus, der sich nach 1945 eine andere Form und Gestalt gesucht hat und immer präsent war: Im Diskurs über die sogenannten Gastarbeiter seit den 1960er Jahren und

### Der Übergang vom gemäßigten Rassismus zum extremen und militanten Rassismus ist fließend

das kommunale Wahlrecht in den 1980er Jahren, die Brandanschläge der 1990er Jahre und die folgende Verschärfung des Asylrechts. Die AfD ist die parlamentarische und politische Form für etwas, das sehr viele Menschen in diesem Land denken, und die Trennlinie ist nicht so sauber zu ziehen, wie es sich die vorstellen, die von Verbot reden oder wenigstens von klarer Abgrenzung.

Um den Widerspruch klarzumachen: Diejenigen, die nun das Verbot der AfD fordern, sind oft genau diejenigen, die in der Eurokrise von 2010, 2011 die rassistische Logik der „faulen Griechen“ etablierten – aus dieser Zeit, aus dieser Logik stammt die AfD. Es sind diejenigen, die im Sommer 2015 und danach davor warnten oder sich entschieden dagegen engagierten, dass Deutschland seinen Teil der Verantwortung für die Geflüchteten in Europa trug und eine menschliche Politik machte. Es sind diejenigen, die immer nach Integration und Leitkultur riefen, wenn sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Gefahr sahen, und dann doch dafür stimmten, wichtigen zivilgesellschaftlichen Projekten und Institutionen die finanziellen Mittel zu streichen.

Kurz gesagt: Diejenigen, die nach den Morden von Hanau im Verbot der AfD eine Lösung für die rassistische und rechtsextreme Bedrohung in diesem Land sehen, sind vor allem die, die in den vergangenen Monaten und Jahren selbst ihren Teil dazu beigetragen haben, dass sich Rassisten in diesem Land wieder sicher fühlen dürfen, zu hetzen und zu morden. Und das macht den Diskurs über die AfD auch so verlogen: Wer neun Morde braucht, um zu verstehen, wie menschenverachtend die AfD ist und war, hat ein sehr eingeschränktes Verständnis von Humanität, Wahrheit und Würde.

Es ist deshalb nicht falsch, die AfD für die Morde in Hanau in Haftung zu nehmen. Es ist aber pro-

blematisch, weil es die Tiefe und Gefahr der Bedrohung nur scheinbar greifbar und lösbar mit parlamentarischen oder verfassungsschutzrechtlichen Mitteln macht. Und es tun eben vor allem dieselben Leute, die seit Jahren antimuslimische Schlagzeilen drucken; Leute, die schreiben, dass Deutschland durch seine Geschichte nicht in der Lage sei, verantwortungsvolle Politik zu machen, und die Aufnahme und Offenheit für Geflüchtete nutzen, um grundsätzliche Verschiebungen im demokratischen Gefüge zu legitimieren und den Raum für Ausgrenzung und Hass zu bereiten.

Es sind eben – und das haben die Tage von Erfurt gezeigt, die nicht von der Tat von Hanau zu trennen ist – bis weit in die CDU und Teile der Medien hinein Stimmen präsent, die immer noch die Vorstellung ausdrücken, dass Deutschland irgendwie homogen ist oder sein sollte, und letztlich Menschen, die Ferhat Ünvar oder Kalojan Welkow heißen, keine „deutsche Namen“ tragen, wie es *Bild*-Chef Julian Reichelt formuliert hat. Der Übergang vom gemäßigten Rassismus zum extremen zum militanten Rassismus ist fließend, der eine baut auf den anderen auf, und dieses osmotische System des Hasses lässt sich nicht dadurch reparieren, dass man den Grad der Gefährdung bei neun Morden ansetzt.

### Scheinheilige Hufeisentheorie

Die Diskussion über die AfD ist aber auch deshalb so scheinheilig, weil sie vor dem Hintergrund der Hufeisentheorie geführt wird, der angenommen und geometrisch dargestellten gleichen Gefährlichkeit von rechts wie von links – auch nach den Morden von Hanau konnte man das immer wieder lesen, und die Intention, der argumentative Magnetismus, um im Bild zu bleiben, ist so klar wie verwerflich, weil diese andauernde Parallelisierung nur den Blick auf die jeweils unterschiedlichen Ursachen, Ausprägungen und Bedrohungsszenarien verwischt.

Das Ergebnis ist exkulpatorisch, und wie so oft reicht die Logik bis zur Schoah zurück, die ja – in der Argumentation von Ernst Nolte, Gegenstand des Historikerstreits der 1980er Jahre – auch durch die „asiatische Tat“ erklärt werden könne, durch die kommunistische Bedrohung also, die sich zum Judenmord demnach verhält wie Ursache zu Wirkung. Und auch diese Debatte wurde geführt im Kontext eines kontinuierlichen gesellschaftlichen Rassismus, in einem Land, geprägt von der Elitenkontinuität in Politik, Polizei, Beamten und auch Kunst (wie die aktuellen Diskussionen um *Burleske* und *Documenta* noch mal zeigen) sowie vom mörderischen Hass „ganz normaler Männer“.

Was sich in diesen Tagen zeigt: Die deutsche Gesellschaft ist an einem Tipping Point, es kann in die eine oder andere Richtung gehen. Vielleicht wird Rassismus endlich als Realität gesehen, die alltäglich ist und strukturell und ein gesamtgesellschaftliches Problem; vielleicht aber führt die eher strategische Abgrenzung gegenüber Leuten wie Alexander Gauland auch dazu, einer Koalition von CDU und AfD den Boden zu bereiten. Die Rede davon jedenfalls, dass nach Hanau „alles anders“ sei, ist verkürzt bis verlogen. Hanau ist die mörderische Form einer deutschen Wirklichkeit, die lange verdrängt wurde.



**Georg Diez** war lange Kolumnist für *Spiegel Online* und baut zurzeit einen Thinktank mit auf, der sich mit Fragen der ökologischen, ökonomischen und demokratischen Transformation beschäftigt. Zuletzt erschien sein Buch, *Das andere Land*.

**Die Schlagloch-Vorschau:**  
4. 3. Georg Seefßen  
11. 3. Ilja Trojanow  
18. 3. Jagoda Marinić  
25. 3. Charlotte Wiedemann  
1. 4. Hilal Sezgin  
8. 4. Mathias Greffrath

Dominic Johnson über die EU-Forderungen an Großbritannien

## Nebel über dem Kanal

Die Frontlinien sind gezogen, der Kampf kann beginnen. Großbritannien und die EU haben ihre Ausgangspositionen für die Ausdehnung der zukünftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Nicht-mehr-Mitglied Großbritannien geklärt. Erwartungsgemäß steckt am meisten Sprengstoff in der Frage nach der fortwährenden Einhaltung von EU-Regeln durch Großbritannien als Voraussetzung für Freihandel.

Für die EU-Seite ist selbstverständlich: Kein Dumping von jenseits des Ärmelkanals. Für die britische Seite ist ebenso selbstverständlich: Keine automatische Gültigkeit von EU-Regeln in einem Nicht-EU-Land. Beide Positionen sind in sich vollkommen logisch und miteinander vollkommen unvereinbar.

Der Teufel steckt, wie immer, im Detail. Während niemand bestreitet, dass in die EU importierte Produkte EU-Standards genügen müssen, ist die Forderung, EU-Standards auch darüber hinaus auf die Politik eines Drittlands anzuwenden, sehr fragwürdig. Den EU-Verhandlungsrichtlinien zufolge sollen EU-Standards künftig den „Re-

ferenzpunkt“ darstellen, nicht nur im bilateralen Handel, sondern auch insgesamt für „Staatsbeihilfen, Wettbewerb, Staatsunternehmen, Sozial- und Arbeitnehmerstandards, Umweltstandards, Klimawandel, relevante Steuerangelegenheiten.“ Begründet wird das mit Großbritanniens „geografischer Nähe“, das Ziel besteht darin, „Handelsverzerrungen und unfaire Wettbewerbsvorteile zu verhindern“.

Im Extremfall heißt das: Wenn die EU findet, dass irgendein britisches Produkt unter Bedingungen entstanden ist, die der EU nicht gefallen, soll es nirgends auf der Welt und auch nicht in Großbritannien selbst angeboten werden dürfen. Das imperiale Selbstverständnis darin ist befremdlich – und das Potential zum Ausbremsen britischer Konkurrenz beunruhigend. In so manchen Bereichen der Umwelttechnologie, der Forschung oder der Start-up-Finanzierung ist Großbritannien dem Rest Europas deutlich voraus, auf den Finanzmärkten sowieso. Wer garantiert denn, dass die EU immer die besten Standards setzt?

**die nachricht 2**

Anja Krüger über die Gemeinnützigkeit von NGOs

## Bedrohte Zivilgesellschaft

Der raue Umgang mit Nichtregierungsorganisationen (NGO) ist alarmierend. Verantwortliche in Hunderten von Vereinen und Verbänden fürchten, dass ihrer Organisation die Gemeinnützigkeit aberkannt wird – wie dem Netzwerk Attac. Nachdem der Bundesfinanzhof 2019 in einem Grundsatzurteil die Frage der Gemeinnützigkeit extrem eng ausgelegt hat, fragen sie sich, ob und wie sich ihre Organisationen über den engen Satzungszweck hinaus überhaupt noch politisch betätigen können. Der Verlust der Gemeinnützigkeit hätte für sie finanziell verheerende Folgen.

Das ist nicht der einzige Angriff auf die Arbeit von NGOs. Gerade hat der Bundestag bei einer Reihe von Verkehrsprojekten das Verbandsklagerecht beschnitten – ein Pilotprojekt. Faschisten wie Björn Höcke freut so etwas, sie wollen die Zivilgesellschaft mit ihren NGOs finanziell „austrocknen“. Kein Wunder: Eine starke Zivilgesellschaft ist ein Bollwerk gegen Rechts-Extremismus.

Unabhängig davon, wie das Finanzgericht Kassel, das sich an diesem Mitt-

woch erneut mit dem Fall Attac befasst, entscheidet: Die Bundesregierung muss endlich für Rechtssicherheit sorgen. Beim Casting für den SPD-Vorsitz hat Finanzminister Olaf Scholz im vergangenen September angekündigt, „in wenigen Wochen“ einen Gesetzentwurf dazu vorzulegen. Bislang blieb das ein lazes Versprechen. Seine Genossinnen sollten schleunigst dafür sorgen, dass er in die Gänge kommt und für eine Lösung sorgt, die Attac und Hunderten weiteren Organisationen die Weiterarbeit ermöglicht. Vorschläge, wie das gehen könnte, gibt es reichlich.

Ohne eine vernünftige Lösung wird das außerparlamentarische politische Leben in der Bundesrepublik empfindlich geschwächt. Politische Bündnisse etwa gegen Rassismus, gegen Antisemitismus und für Demokratie werden extrem erschwert, wenn jeder Turnverein, der sich anschließen will, um seine Gemeinnützigkeit fürchten muss. Dabei waren solche gemeinsamen Initiativen gerade mit Beteiligung vermeintlich unpolitischer Gruppen noch nie so wichtig wie heute.

**wirtschaft + umwelt 8**

Deutsche Ausgabe

# LE MONDE diplomatique

## Jubiläumsausgabe 25 Jahre

Am 7. Mai 2020 publiziert die Berliner Redaktion von *Le Monde diplomatique* zum 25. Geburtstag auf 48 Seiten ein Best-of von 1995 bis 2020: 25 Beiträge von namhaften Autor\*innen wie Gabriel García Márquez, Edward Saïd, Charlotte Wiedemann, Shoshana Zuboff u.v.m.

Ihre Anzeige – zu rabattierten Jubiläumspreisen – erreicht durch die Printauflage von 100.000 Exemplaren eine gebildete und politisch engagierte Zielgruppe, profitiert zudem von der Auslage im Handel und auf Veranstaltungen. Ein kostenloser Downloadlink wird zur Verfügung gestellt und sorgt für die digitale Verbreitung.

**Anzeigen- und Druckunterlagenschluss: 2. / 30. März 2020**

**Gestalten Sie dieses hochwertige journalistische Umfeld durch Ihre Werbetätigkeit.**

Ihr Kontakt in der taz:  
Anzeigenabteilung | Margit Jöhnk | anzeigen@taz.de | T (030) 259 02-118